SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

Geschäftsstelle LSBB/LSV
Neues Stadthaus
Parochialstr. 3
10179 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 13. Juli 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Thiem,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD zur Verbesserung der Lebensqualität von Berliner Senior:innen.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

Lina Najmi

Inhalt

1. §71 SGB XII ... 3
2. Gesundheit/Pflege ... 3
   Zur Sicherung eines bedarfsgerechten Personalschlüssels? ... 3
   Zur Schaffung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrages? ... 4
   Zur finanziellen Entlastung der pflegebedürftigen Menschen? ... 4
3. Digitalisierung ... 5
4. Diversität ... 6
5. Migrant*innen ... 7
6. Mobilität ... 8
7. Wohnen ... 8
8. Armut ... 9
9. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ... 9

1. §71 SGB XII

Welche Erwartungen an ein Altenhilfestrukturgesetz für Berlin hat Ihre Partei und welche inhaltlichen Schwerpunkte, entsprechend des 7. Altenbericht der Bundesregierung, sollten berücksichtigt werden?

Bisher werden die zentralen Handlungsfelder der Altenhilfe für Senats- und Bezirksverwaltungen in §71 SGB XII geregelt. Allerdings sind die in diesem Zusammenhang zu erbringenden Leistungen bis lang keine Pflichtaufgaben. Dieses soll durch eine entsprechende gesetzliche Regelung sichergestellt werden. In ihrem 7. Altenbericht forderte die Altenberichtskommission die Bundesregierung auf, die kompetenzrechtlichen Voraussetzungen für ein Leitgesetz zur Stärkung einer **Politik für und mit älteren Menschen** zu prüfen und zu klären. Die Berliner SPD setzt sich für eine Bundesratsinitiative zur Schaffung eines solchen Leitgesetzes ein. Bleibt eine Bundesratsinitiative erfolglos, wird sich die Berliner SPD für ein **Altenhilfestrukturgesetz für das Land Berlin** mit folgenden Schwerpunkten einsetzen: Gesundheit und Pflege, Wohnen und Wohnumfeld, Mobilität und Verkehr, ehrenamtliches Engagement und Teilhabe, Bildung und lebenslanges Lernen sowie Digitalisierung und digitale Teilhabe. Bereits in dieser Legislaturperiode nimmt die Senatsverwaltung für Gesundheit und Pflege unter Führung der SPD die von der Altenberichtskommission im Rahmen eines solchen Gesetzes empfohlene Stärkung der kommunalen Verantwortung für Planung und Infrastrukturentwicklung der Altenhilfe sowie den Ausbau ihrer Koordinierungsfunktion wahr.

2. Gesundheit/Pflege

Was tun Sie auf Landes- und Bundesebene zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung älterer Menschen und zur Überwindung des Pflegenotstandes? Welche Schritte werden Sie dazu gehen?

Ein gutes Leben im Alter mit würdevoller pflegerischer Versorgung ist für uns Sozialdemokrat:innen nicht nur eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung älterer Generationen, sondern auch ein Kernversprechen des Sozialstaats. Überall dort, wo wir in Bund, Land und Bezirk Verantwortung tragen, sorgt die SPD dafür, dass dieses Versprechen weiter aufrechterhalten bleibt. So wollen wir die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe von Pflegebedürftigen ausweiten, pflegende Angehörige und Pflegebedürftige finanziell weiter entlasten, Pflegekräften gute Arbeit ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur ausbauen.

Zur Sicherung eines bedarfsgerechten Personalschlüssels?

Ein ausreichendes und gut ausgebildetes Pflegepersonal ist das Rückgrat einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung. Wir unterstützen **Entlastungstarifverträge** in der Pflege und stehen für eine **bedarfsgerechte Personalbemessung** in den Krankenhäusern. Die landeseigenen Krankenhäuser Vivantes und Charité haben hierbei eine Vorbildfunktion. Die Berliner SPD hat mit dem **„Berliner Pakt Pflege“** dem spürbaren Fachkräftemangel entgegengewirkt und die Weichen für attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Berliner Pflegesektor gestellt. Für ein gut ausgebildetes Pflegepersonal werden wir diesen Weg weiterverfolgen und die **Ausbildungszahlen und Studienplätze für alle Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen** und **am Personalbedarf orientieren**. Wir werden den **Baustein Gesundheitsberufe in die Berufs- und Studienorientierung** fest verankern und die gestartete **Initiative „Pflege deine Zukunft“** verstetigen.

Im Bund setzt sich die SPD für einen **bundesweiten einheitlichen Personalbeurteilungsrahmen** ein. Ebenso auf Bundesebene haben wir mit einem **Sofortprogramm 13.000 neue Stellen** in stationären Einrichtungen der Altenpflege geschaffen. Das verbessert die Personalsituation in den Heimen spürbar.

Die dafür notwendigen 640 Millionen Euro werden von der gesetzlichen Krankenversicherung bereitgestellt, sodass es nicht zu finanziellen Mehrbelastungen für die Pflegebedürftigen kommt. Ergänzend dazu bringen wir nun eine Regelung auf den Weg, mit der **20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in vollstationären Pflegeeinrichtungen** von der Pflegeversicherung über einen Vergütungszuschlag finanziert werden. Stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste werden zudem bei coronabedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen weiterhin unterstützt.

Zur Schaffung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrages?

Die Berliner SPD unterstützt Pflegefachkräfte und Beschäftigte anderer Gesundheitsberufe bei ihrem **Kampf für gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbindungen**. In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen **Stufenplan zur Einführung von Vergütungen nach den Tarifverträgen des Landes oder des öffentlichen Dienstes**. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab. Darüber hinaus wollen wir die Eingliederung aller Tochterbetriebe mit dem entsprechenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes prüfen.

Auf Bundesebene will die SPD die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege bundesweit zügig verbessern. Unser Ziel ist es, **allgemeinverbindliche Branchentarifverträge** zu schaffen. Wir werden zudem über die Pflegemindestlohnkommission eine weitere **Erhöhung der Mindestlöhne** verfolgen. Gemeinsam mit den Kirchen wollen wir einen Weg erarbeiten, ihr Arbeitsrecht dem allgemeinen Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung anzugleichen. Wir haben dafür gesorgt, dass Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, diese auch von der Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Nun werden wir im Umkehrschluss die **Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden**.

Zur finanziellen Entlastung der pflegebedürftigen Menschen?

Eine Gesellschaft des Respekts misst sich auch am Umgang mit den Bürger:innen, die auf andere angewiesen sind und gepflegt werden müssen. Für die Berliner SPD ist klar: **Pflegebedürftigkeit darf nicht Armut und Abhängigkeit von der Sozialhilfe bedeuten** – dies gilt sowohl für Pflegebedürftige als auch für deren Angehörige. Um allen Berliner Senior:innen weiterhin eine auskömmliche und würdevolle Pflege zu garantieren, bauen wir die Pflegeinfrastruktur in Berlin insbesondere im Bereich der Altenpflege weiter aus. Dafür investieren wir in mehr stationäre Pflegeeinrichtungen und betreute Wohngemeinschaften. Gleichzeitig hat sich die SPD im Bund erfolgreich dafür eingesetzt, dass pflegebedürftige Menschen ab 2022 einen zusätzlichen **Zuschlag aus der Pflegeversicherung** zu den von ihnen zu tragenden Kosten für die stationäre Pflege erhalten. Damit entlasten wir Menschen, die stationär gepflegt werden, und verhindern eine finanzielle Überforderung vieler Pflegebedürftiger. Um die Sozialhilfebedürftigkeit im Pflegefall konsequent zu beenden, setzen wir uns ebenso auf Bundesebene für **volle Leistungsansprüche in einer Pflegevollversicherung** ein. Ein erster Schritt dorthin ist für uns die **Deckelung des Eigenanteils für Pflegebedürftige** mit kleinen und mittleren Einkommen, damit stationäre Pflege für sie bezahlbar bleibt. Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert.

Wir wissen aber auch, dass viele Berliner:innen im Pflegefall in der eigenen Wohnung bleiben wollen: etwa 78 Prozent der Pflegebedürftigen in Berlin werden zu Hause gepflegt, mehr als zwei Drittel davon ausschließlich von Angehörigen. Insofern sind pflegende Angehörige eine der tragenden Säulen der Pflege von Pflegebedürftigen und müssen dringend entlastet werden. Wir unterstützen sie, indem wir **Anreize für mehr Kurzzeitpflegeangebote** schaffen. Zudem werden wir uns auf der Bundesebene für

ein **Familienpflegegeld für pflegende Angehörige** analog zum Elterngeld einsetzen. Im Bund haben wir bereits in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt, dass Angehörige mit einem Einkommen unter 100.000 Euro pro Jahr nicht mehr für die Pflegekosten herangezogen werden. Neben der finanziellen Entlastung sind Pflegebedürftige und ihre Angehörigen weiterhin auf strukturelle und kieznahe Unterstützungsangebote angewiesen: Die erfolgreichen **Berliner Pflegestützpunkte** werden wir deshalb weiterentwickelt, digitalisiert sowie personell und interkulturell gestärkt. Die **Kontaktstelle PflegeEngagement** wollen wir verstetigen. Wir wollen die bewährten **Altenhilfe-Koordinatoren:innen der Bezirke** weiter ausbauen.

3. Digitalisierung

Welche Erfahrungen wurden bisher, entsprechend des 8. Altersbericht der Bundesregierung, mit der Digitalisierung von Ihrer Partei gesammelt und welche Voraussetzungen wollen Sie schaffen, damit die Berliner Senior*innen bei der Digitalisierung eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten?

Mit digitalen Chancen Selbstbestimmt im Alter

Der 8. Altersbericht der Bundesregierung machte deutlich, dass die fortschreitenden Digitalisierungsprozesse heute mehr denn je das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe von Senior:innen prägen. Die Berliner SPD sieht den **Digitalisierungsschub als Chance**, Senior:innen **mithilfe digitaler Technologien ein selbstbestimmtes Leben im Alter** zu ermöglichen. Gerade ältere Berliner:innen können von einer modernen, standardisierten, leistungsstarken und professionell betriebenen IT-Infrastruktur im Land Berlin profitieren, wie zum Beispiel im Bereich **digitalisierter Verwaltungsdienste oder Pflegeangebote**. Unser Ziel ist es daher, die digitale Infrastruktur in unserer Stadt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge voranzutreiben und mit den digitalen Möglichkeiten das Leben der Menschen, insbesondere der Senior:innen, positiv zu verändern. Dazu gehört auch eine **stabile Internetverbindung in Altenheimen** und Einrichtungen der (Alten-)Pflege.

Digitale Mündigkeit und digitale Bildung für alle Generationen

Eine wichtige Voraussetzung für digitale Teilhabe ist die **digitale Mündigkeit aller Bürger:innen**. Denn digitale Angebote können nur dann gleichberechtigt genutzt werden, wenn alle Bürger:innen über die gleichen digitalen Kompetenzen verfügen. Allerdings ist die Mehrheit derjenigen, die noch nicht über ausreichende digitale Kompetenzen verfügen, älter als 60 Jahre. Um eine gleichberechtigte digitale Teilhabe für alle Senioren zu ermöglichen, will die Berliner SPD in der nächsten Legislaturperiode verstärkt auf den **Erwerb digitaler Kompetenzen** achten. Wir brauchen **ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen**. Gerade die Berliner Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Berliner zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir stärken deshalb die **Qualität** und Vielfalt der Bildungs- und Weiterbildungsarbeit der zwölf Berliner Volkshochschulen und legen einen **Investitionsfonds Digitalisierung** in der Erwachsenenbildung auf, der die Stärkung der digitalen Infrastruktur finanziert. Auch den barrierefreien **Aus- und Neubau der Volkshochschulstandorte** werden wir vorantreiben, um gute Bedingungen für **lebenslanges digitales Lernen** zu schaffen. Digitale Verwaltungsangebote müssen Senior:innen bekannt sein, um von ihnen genutzt zu werden. Deshalb starten wir eine **Werbekampagne für die bestehenden digitalen Verwaltungsservices**, im öffentlichen Raum, in den Bürgerämtern der Bezirke, in den sozialen Medien sowie über die entsprechenden Beratungsstellen.

Digitale Teilhabe darf keine soziale Frage sein

Digitale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel der Senior:innen abhängen. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Menschen mit geringem Einkommen werden wir im Bund einen **Sozialtarif für den Netzzugang** schaffen.

Internet im Alter – aber sicher!

Cybersicherheit die Basis für eine erfolgreiche Digitalisierung. Ein wichtiges Anliegen der Berliner SPD bleibt es, die Sicherheit im Netz für Senior:innen zu gewährleisten. Nach Angaben der Berliner Strafverfolgungsbehörden nimmt die Cyberkriminalität gegen ältere Menschen weiter zu. Wir werden daher die für Seniorensicherheit zuständige Präventionsstelle im Berliner Landeskriminalamt besser im Bereich der **Cyberbetrugsprävention** aufstellen und die Verschlüsselungsforschung vorantreiben. Auf Bundesebene will die SPD die Hersteller darauf verpflichten, Softwareprodukte, digitale Dienste und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie sicher sind (Security by Design) und dass sie bei den Standardeinstellungen die sicherste Variante wählen (Security by Default). **Digitale Hintertüren sollen nicht offen gehalten werden**.

Gleichwohl setzt sich die Berliner SPD dafür ein, dass **analoge Möglichkeiten und Räume gesellschaftlicher Teilhabe für Senior:innen** erhalten und optimal ausgestattet sind.

4. Diversität

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Diversität im Alter (sexuell und geschlechtlich) sichtbarer zu machen und damit Diskriminierung im Kontext von Gesundheitsförderung und sozialer Teilhabe zu vermeiden?

Es ist das Verdienst älterer Generationen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LSBTIQ*), für die Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher sowie sexueller Vielfalt in Berlin gekämpft zu haben. Heute ist Berlin mit einer der größten und ältesten queeren Communities Europas eine internationale Regenbogenstadt und darauf sind wir stolz. Die Berliner SPD fühlt sich der queeren Community verbunden, setzt sich weiterhin leidenschaftlich für ihre Emanzipation ein und unterstützt sie aktiv bei ihrem Empowerment. Ihren **Schutz vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum** sowie vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt sehen wir als unsere Verpflichtung an. Gerade queeres Leben im Alter oft ist von **Mehrfachdiskriminierung** betroffen: Studien zeigen, dass LSBTIQ* aus älteren Generationen nicht nur von Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Altersdiskriminierung betroffen sind, sondern auch häufiger unter Armut, Traumata, Depressionen, Obdachlosigkeit oder Suizidgefahr leiden. Die Berliner SPD will für diese Biografien die politische Sensibilität erhöhen und mit einer **intersektionalen Seniorenpolitik** dafür sorgen, dass ihre Anliegen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter gefördert werden, insbesondere in medizinischen Einrichtungen und Einrichtungen der Altenpflege.

Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir die **Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik weiterentwickelt und neugestaltet**. Das Hauptziel der neuen Leitlinien sind die Zugehörigkeit und Teilhabe der Generation 60plus mit einem besonderen Blick auf die Vielfalt an Lebensformen und Bedürfnissen der Berliner Senior:innen. Der Senat bekennt sich dabei zu dem bereits begonnenen Sensibilisierungsprozess in der Gesellschaft, den Einrichtungen der Altenpflege sowie unter Fachkräften und allen Beteiligten an der Pflege und Betreuung älterer Menschen.

Darüber hinaus hat der Berliner Senat mit der Initiative **„Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)** einen außergewöhnlichen Maßnahmenplan initiiert. Diesen werden wir umsetzen und dauerhaft weiterentwickeln. Zentren mit Schwerpunkt Regenbogenfamilien, sowie **(Wohn-)Projekte, die sich an queere Senior:innen** und deren Bedürfnisse richten, werden wir finanziell fördern. Zudem streben wir an, dass im stationären und ambulanten Pflegedienst sowie in Hospizen eine **queer-sensible Qualifizierung und Zertifizierung** etabliert wird. Die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitsbereich, vor allem die Bedürfnisse von trans* Personen, werden wir verstärkt berücksichtigen.

5. Migrant*innen

Welche konkreten Schritte haben Sie geplant, um die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Berliner*innen mit Migrationsgeschichte zu fördern und ihre Repräsentation in politischen Gremien zu erhöhen?

Ältere Menschen mit Migrationsgeschichte sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Deutschland und in Berlin. Die Studienlage zeigt jedoch , dass Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsbiographie in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Vor allem in Planungs- und Entscheidungsinstitution sind sie nicht oder nur unzureichend vertreten. In ihrem Bericht vom Januar 2021 stellt die Fachkommission „Integrationsfähigkeit“ der Bundesregierung fest, dass solche Repräsentationslücken in den Institutionen, die das Gemeinwesen symbolisieren und vertreten, ein demokratisches und gesellschaftspolitisches Problem darstellen. Deshalb setzt sich die Berliner SPD seit Jahren dafür ein, den Zugang älterer Zuwanderer zu politische Beteiligungs- und Ehrenamtsmöglichkeiten zu verbessern. Dafür braucht es **politische Institutionen, die ihre Identitäten anerkennen**, ihnen **Schutzräume** zur Entfaltung bieten und Vielfalt durch entsprechende **Identifikationsfiguren** nach außen sichtbar machen. Es erfordert politische Strukturen, die offen und durchlässig, einladend und im positiven Sinne fordernd sind. In den letzten Jahren hat sich viel getan, um politische Räume zu öffnen und Beteiligungsstrukturen inklusiver zu gestalten, aber es fehlt noch an Förderangeboten, die sich speziell an Senior:innen mit Migrationsgeschichte richten. Die Berliner SPD wird daher die **mehrsprachige und zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit** stärken und die **Migrationssozialarbeit stärker in die Berliner Strukturen der Altenpflege integrieren**, um Senior:innen mit Migrationsgeschichte besser zu erreichen.

Um Repräsentation in politischen Gremien strukturell zu ermöglichen, wollen aktiv für **mehr Einbürgerungen werben, den Prozess beschleunigen und Ermessensspielräume in diesem Sinne nutzen**. Deshalb sollen Einbürgerungen unabhängig vom Wohnort des Antragstellers oder der Antragstellerin vorgenommen werden können. Darüber hinaus wollen wir ein landesweites Einbürgerungszentrum errichten.

Eine Politik der Anerkennung für die Leistung sogenannter Gastarbeiter:innen braucht sichtbare Symbole in unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns in Respekt und Anerkennung vor unserer Einwanderungsgeschichte und der Lebensleistung der sogenannten Gastarbeiter:innengeneration dafür ein, ein **Migrationsmuseum** aufzubauen, welches sich mit der jüngeren Einwanderungsgeschichte befasst.

6. Mobilität

Was beabsichtigen Sie zu tun, um den öffentlichen Raum zunehmend barrierefrei und sicher für Senior*innen zu gestalten und was plant Ihre Partei, damit Senior*innen so lange wie möglich ihre selbständige Mobilität aufrechterhalten können?

Zum selbstbestimmten Leben im Alter gehört auch die Erhaltung der Mobilität durch **gute und altersgerechte Weiterentwicklung und Planung von Verkehrsinfrastrukturen**. Die Berliner SPD will Mobilität sozial gerecht, nachhaltig, barrierefrei und sicher gestalten. Dafür wollen wir unseren U-Bahn-Plan u2030 umsetzen und **5 U-Bahn-Linien in die Außenbezirke verlängern**. Ebenso in den Außenbezirken sorgen wir zudem für einen **flächendeckenden 10-Minuten-Takt** – und bringen mehr Verkehr auf die Schiene. Ein guter Öffentlicher Personennahverkehr zeichnet sich auch durch **sichere und saubere Haltestellen wie Bahnhöfe**. Diese werden wir konsequent **barrierefrei modernisieren**. Wir schaffen neue komfortable Fahrzeuge für die Taktverdichtung an. Für mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität auf den Bahnhöfen wollen wir mehr Personal einsetzen. Zusätzlich treiben wir digitale Lösungen voran, die die Barrierefreiheit, die Sicherheit und Aufenthaltsqualität erhöhen. Auch das Netz der S-Bahn wollen wir im Rahmen des **S- und Regionalbahnausbau-Projekts i2030** gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund bis ins nächste Jahrzehnt ausbauen.

Mobilität im Alter muss bezahlbar bleiben: Wir haben die vergünstigten Sozial- und Senioren-Tickets durchgesetzt und werden weiterhin daran festhalten. Wo der ÖPNV bei der Beförderung älterer Menschen an seine strukturellen Grenzen stößt, werden wir **barrierefreie Mobilitätsangebote** ausbauen, einschließlich eines besonderen Fahrdienstes, Inklusionstaxis und Begleitdienste sowie digitale Lösungen. Für eine sichere Mobilität im Kiez bauen wir **Fuß- und Radwege** aus, sorgen für mehr **Verkehrssicherheit in der Stadt** – und halten an Schwerpunkteinsätzen der Polizei fest.

7. Wohnen

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Bedarf an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen für Senior*innen zu decken und um ein attraktives Wohnumfeld für ältere Menschen zu schaffen?

Gutes Wohnen im Alter

Gutes Wohnen im Alter bedeutet für uns: **Bezahlbarkeit**, **Barrierefreiheit**, **Rollstuhlgerechtigkeit** und **schnelle Verkehrsanbindung** in die Innenstadt. Wir arbeiten dafür, bezahlbare Wohnungen in allen Berliner Bezirken barrierefrei, altersgerecht und familienfreundlich zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist eines der 5 B's für Berlin mit denen wir in den Wahlkampf ziehen „Bauen". Gemeinsam mit genossenschaftlichem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau wollen wir **bis 2030 insgesamt 200.000 neue Wohnungen** in Berlin schaffen. Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den 2030er-Jahren. Knappheit an altersgerechtem und bezahlbarem Wohnraum trifft vor allem Berliner:innen mit einer kleinen Rente und mit kleinem Familienbudget. Deshalb haben wir bei der Versorgung mit Wohnraum insbesondere die Menschen im Blick, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben und werden dem Bedarf an barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen ausreichend nachkommen.

Gut vernetzt und in vertrauter Umgebung alt werden

Berliner:innen wollen auch im Alter gut vernetzt und in vertrauter Umgebung bleiben. Wir werden dafür sorgen, dass Berliner:innen Senior:innen nicht aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden und sind entschlossen, alle Instrumente eines wirksamen **Mieter:innenschutz** zu prüfen. So haben wir uns in der Koalition erfolgreich dafür eingesetzt, die Mieten in den landeseigenen

Wohnungsbaugesellschaften für die nächsten Jahren zu begrenzen. Wir setzen uns zudem für die **Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete** in Berlin ein. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, Mieter:innen mit bestehenden Mietverträgen dauerhaft vor Eigenbedarfskündigungen durch die Erwerber:innen zu schützen. Den verschärften Umwandlungsschutz, den die SPD im Bund erkämpft hat, werden wir in Berlin konsequent umsetzen. Bisher wurden über 150 dieser Vereinbarungen geschlossen, zudem etwa 75 Grundstücke angekauft. Die SPD will diese Politik noch effizienter fortsetzen und sich auf Bundesebene für ein **grundsätzliches Umwandlungsverbot von Miets- in Eigentumswohnung** in angespannten Lagen einsetzen. Weiterhin kämpft die SPD im Bund für ein zeitlich befristetes **Mietenmoratorium**: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden.

8. Armut

Welche Vorhaben wollen Sie auf den Weg bringen, um Altersarmut zu stoppen bzw. zu verhindern?

Gute und sichere Altersvorsorge – eine Frage des Respekts

Der Schlüssel zur Prävention von Altersarmut ist eine gute und sichere Altersvorsorge. Für alle Erwerbstätigen muss eine **gute und verlässliche Rente** nach vielen Jahren Arbeit sicher sein. Wir haben uns im Bund erfolgreich für die **Grundrente** eingesetzt. Sie ist ein Fortschritt und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein. Für uns geht es um Respekt und Wertschätzung der Arbeit und darum, sich mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen und von dem erworbenen Lebensstandard nicht erheblich einzubüßen. Zentrale Grundlage dafür bleibt für uns die **gesetzliche Rentenversicherung** mit ihren verlässlichen Leistungen und ihrer solidarischen Finanzierung. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft **stabile Rentenleistung** und ein **dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent**. **Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente.** Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken.

Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten. Hier brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren Aufgabe. In Berlin möchten wir zudem einen weiteren Ausbau der **bezirklichen Netzwerke zur Armutsprävention**.

Rente mit 68? Nicht mit uns!

Immer wieder fordern Arbeitgeber und konservative Kräfte, dass Menschen für eine gute Rente noch länger arbeiten sollen. **Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab**, weil sie für viele, die nicht länger arbeiten können, eine Rentenkürzung bedeutet und ungerecht ist. Den gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, werden wir beibehalten.

9. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement

Was will Ihre Partei tun, um freiwilliges Engagement zu stärken und dessen Eigenständigkeit zu gewährleisten?

Die Förderung des Ehrenamtes hat für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir die Engagementinfrastruktur in den Bezirken untereinander und mit der Landesebene besser vernetzen

und damit eine **bezirks- und landesweite Förderung von Engagementnetzwerken** verstetigen. Die Handlungsempfehlungen der **Berliner Engagementstrategie** werden wir weiter umsetzen.

Ein sehr hoher Anteil an freiwilligem Engagement wird durch Senior:innen erbracht. In vielen Bereichen ist ihr Ehrenamt unersetzlich. Deshalb arbeiten wir daran, die **Seniorenvertretungen in den Bezirken zu stärken**, besser auszustatten und **bei den Fahrtkosten entlasten**. Die bessere Zusammenarbeit von bezirklichen Seniorenvertretungen und den Sozialkommissionen wollen wir ermöglichen, um ein **aufsuchendes Netz für Ältere in den Bezirken** zu verstetigen. Wir setzen uns für eine **Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten im Seniorenmitwirkungsgesetz** ein. Die ehrenamtliche Arbeit von Senior:innen darf nicht am Geldbeutel scheitern. Deshalb halten wir an der Absprache zwischen Senat, BVG und S-Bahn fest, im Jahr rund **13.000 Einzelfahrscheine** für einkommensschwache Menschen, zur Unterstützung ihres freiwilligen Engagements bereitzustellen. Bei Bedarf wollen wir die Anzahl erhöhen.

Freiwilliges Engagement braucht professionelle Unterstützung. Besonders das soziale Netz an Stadtteil-, Familien- und Nachbarschaftszentren, Kontaktstellen PflegeEngagement, der Selbsthilfegruppen, Freiwilligenagenturen das Angebot in der Jugend- und Seniorenarbeit wollen wir weiter ausbauen und personell stärken. Die **Ehrenamtskarte** werden wir wirksamer bewerben und gemeinsam mit den Organisationen und Initiativen weiterentwickeln. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir auch für freiwillig Engagierte heben. Deshalb fördern wir die digitale Infrastruktur für das Ehrenamt mit Landes- und Bundesmitteln. Auch die **Beteiligungsplattform des Landes „meinBerlin“** wollen wir weiter ausbauen.